

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1927**

38 (30.3.1927)

**Ersteht**  
Montag, Mittwoch, Freitag.  
**Bezugs-Preis:**  
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. unsere Aussträger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.50  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/8-5 Uhr, Sonntags geschlossen.  
Fernsprechanschluß Nr. 11.  
Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6903.

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung** gegründet 1839

**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.  
Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kolob • Neue Illustrierte

**Anzeigen-Preise:**  
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 7 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Beitreibung erlischt.  
Blattvorschriften werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen keinerlei Gewähr übernommen.  
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 38.

Mittwoch, den 30. März 1927.

88. Jahrgang

## Die Randstaaten und Rußland.

### Verhandlungen zwischen Lettland und Litauen

Romno, 29. März. Der englische Gesandte für die baltischen Staaten, Sir Tudor Vaughan, der seinen ständigen Wohnsitz in Riga hat, ist für einige Zeit nach Romno übergesiedelt. Noch am Tage seiner Ankunft hatte er eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Woldeparas. Was bei dieser Unterredung besprochen worden ist, ist im einzelnen zwar nicht bekannt, doch glaubt man in hiesigen politischen Kreisen, daß Vaughan die Aufgabe hat, als englischer Vermittler zwischen Polen und Litauen tätig zu sein. Daß England Woldeparas' Plänen für eine möglichst enge Verbindung Litauens mit Lettland und Estland mit Herosität verfolgt, ist klar. Eine solche baltische Koalition würde sich stark nach Rußland orientieren und gegen Polen gerichtet sein. Deshalb hat die englische Regierung alles Interesse daran, die polnisch-litauische Spannung zu mildern und auf diese Weise ihre eigene Machtposition im Osten zu stärken.

Wie weit die Annäherung zwischen den baltischen Staaten bereits fortgeschritten ist, zeigt das starke Echo, das eine bisher völlig geheim gehaltene Zusammenkunft des litauischen Ministerpräsidenten Woldeparas mit dem lettischen Außenminister Zeelen in dem kleinen litauischen Städtchen Kibartys an der deutschen Grenze gefunden hat. Diese Zusammenkunft fand am 6. März, also unmittelbar vor dem Abschluß des lettisch-russischen Garantiepaktes statt. Wenn auch das litauische auswärtige Amt widerstrebend die Zusammenkunft schließlich zugeben mußte, sie aber als einen reinen Höflichkeitssakt bezeichnet, so will man doch in eingeweihten Kreisen sehr bestimmt wissen, daß die beiden Minister besonders darüber gesprochen haben, ob ein solcher lettisch-russischer Vertrag

die Annäherung zwischen Lettland und Litauen nicht gefährden werde. Woldeparas hat sein Einverständnis mit dem Vertrag erklärt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Mitte Mai die drei baltischen Außenminister in Riga zusammentreffen, um die Koalition endgültig zu schaffen.

### Polen und Rußland.

London, 28. März. Zur Wiederaufnahme der polnisch-sowjet-russischen Verhandlungen sagt der Warschauer „Times“-Korrespondent, daß die geographische Lage Polens ebenso wie die der baltischen Staaten und die Deutschlands politische Abmachungen mit Rußland notwendig mache. Wenn Polen fühle, daß jetzt die Zeit gekommen sei, so es seine eigenen Abmachungen treffen müsse, so gehehe dies aus mehreren sehr tief empfundenen Gründen. Rußland und Deutschland besäßen bereits ihren Vertrag, und die wachsende Befürchtung, daß Deutschland seinen Anspruch auf Danzig, den Danziger Korridor und Oberschlesien nicht aufgeben würde, ließe Polen wünschen, einen Gegengewichtsvertrag und gerechtere und gefestigtere Beziehungen im Osten zu bezeugen. Die revolutionären Bewegungen unter den östlichen Minderheiten, den Weißrussen und den Ukrainern, deren Wehrheit in Sowjetrußland lebte, würden genährt von den Kriegserwartungen und einer Revision der polnisch-russischen Grenze. Eine Verbesserung der russisch-polnischen Beziehungen, verbunden mit administrativen Reformen würde all den Uebelständen abhelfen. Man müsse sich ferner daran erinnern, daß die polnischen Industrien vor dem Kriege den ganzen russischen Markt bedient hätten. Eine Wiederbelebung des früheren Osthandels sei für Polen eine Notwendigkeit.

## Einigungsversuche in Genf.

### Neue englisch-französische Gegenätze.

Genf, 29. März. Die vorbereitende Abrüstungskommission beschloß heute vormittag in der englisch-französischen Streitfrage über Herabsetzung der Zahl der ausgebildeten Reservisten zunächst aus Verhandlungsgründen den französischen Vorschlag, der die ausgebildeten Reservisten aus der Abrüstung ausschließt, in 1. Lesung anzunehmen. Jedoch stellte der Vorsitzende ausdrücklich fest, daß sämtliche Vertreter nach wie vor auf ihrem Standpunkt beharren und ihre grundsätzlichen Vorbehalte voll aufrecht erhalten. Diese sollen bei der 2. Lesung des Konventionentwurfes von neuem zur Sprache gestellt werden. Eine Einigung über die englisch-französische Streitfrage ist somit in der 1. Lesung nicht erzielt und die Entscheidung lediglich auf die 2. Lesung verschoben worden. Der amerikanische Vertreter, Gibson, verwarf heute noch einen Einigungsvorschlag zu machen, indem er auf die Unklarheit, des Begriffs „ausgebildete Reservisten“ hinwies. Er schlug vor, bei der 2. Lesung in den Entwurf zwei Kolonnen hineinzunehmen: 1. der ausgebildeten Reservisten, wobei die von der Unterkommission die Herabsetzung der aktiven Truppenbestände, 2. die Herabsetzung A von England, Deutschland, Amerika, Spanien, Schweden und Holland vorgeschlagenen Definitionen zugrunde gelegt werden sollen. Der amerikanische Vorschlag, der dem deutsch-englischen Standpunkt in der Frage der Abrüstung der Reservisten voll Rechnung trägt, wird somit in der 2. Lesung des Konventionentwurfes zur Verhandlung gelangen.

Die Abrüstungskommission wandte sich sodann dem nächsten Punkt des französischen Konventionentwurfes zu, der eine Unterscheidung für die limitierbaren Streitkräfte nach vier Kategorien vorsieht: Heere im Mutterlande, Kolonialtruppen, militärisch-organisierte Formationen im Mutterlande, militärisch-organisierte Formationen in den Kolonien. Der Englische Entwurf sieht demgegenüber keinerlei besondere Kategorien vor, sodaß nur der französische Vorschlag zur Sprache stand. Hierbei ergab sich erneut ein tiefer Gegenatz zwischen der englischen und der französischen Auffassung. Lord Cecil lehnte nachdrücklich die französische Unterscheidung zwischen Heeren des Mutterlandes und Kolonialtruppen, für die ein verschiedener Abrüstungsschlüssel gefunden werden soll, ab. Nach den bisherigen Erfahrungen könne eine solche Unterscheidung nicht vorgenommen werden, da die Kolonialtruppen im Dienste des Mutterlandes verwendet würden. Auch der italienische und der amerikanische Vertreter wandte sich gegen den französischen Vorschlag. In längeren Ausführungen verteidigte Paul-Boncour die französische Auffassung. Es handle sich vorläufig nur um die Herstellung eines Schemas für eine Abrüstungskonvention. Die endgültige Weltabrüstungskonferenz werde die Maximalstärke der Heere für jedes einzelne Land zu bestimmen haben. Die französische Abordnung habe lediglich beabsichtigt, durch ihre Unterscheidung zwischen Heeren des Mutterlandes und Kolonialtruppen eine Basis für die weiteren Verhandlungen zu schaffen. Nach ihrer Auffassung könne die Abrüstung ohne eine eindeutige Unterscheidung zwischen Kolonialarmee und Armeen des Mutterlandes nicht durchgeführt werden. Der Zweck der Unterscheidung wäre, sich klar darüber zu werden, was man eigentlich abrüsten oder beschränken wolle.

### Reservisten und Wehrpflicht.

Graf Bernstorff verteidigt in Genf den deutschen Standpunkt.  
Genf, 28. März. Die heutige Nachmittagsitzung des Vorbereitungsausschusses brachte die Fortsetzung des Ringens um die Frage der Einbeziehung der ausgebildeten Reservisten in die Begrenzung der Landstreitkräfte, eine Frage, über die die Aussprache, wie Präsident London zu Beginn der Sitzung ausdrücklich feststellte, durchaus noch nicht abgeschlossen ist. Der holländische Delegierte Rutgers, der der englischen Auffassung voll zustimmte, und die von den Vertretern Belgiens, Japans und Frankreichs vorgebrachten Argumente fast Punkt für Punkt widerlegte, erklärte im wesentlichen, daß man sich bei der Begrenzung der Landstreitkräfte nicht nur auf die Friedenspräsenzstärke begrenzen könne, man müsse vielmehr auch die ausgebildeten Reservisten berücksichtigen. Der deutsche Vertreter

pflichtete den technischen Darlegungen des holländischen Delegierten weitgehend bei. Die ausgebildeten Reservisten, so führte der deutsche Vertreter aus, müssen in irgend einer Weise bei der Begrenzung der Landstreitkräfte berücksichtigt werden. Eine Abrüstungskonvention ohne Berücksichtigung der ausgebildeten Reservisten kann ich mir nicht vorstellen. Mit besonderem Interesse habe ich von den Ausführungen des belgischen Vertreters Kenntnis genommen, als er von den schlimmsten Folgen sprach, die für einige Länder des europäischen Kontinents die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht mit sich bringen würde. Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Anwendung dieser Ansicht auch auf andere Länder des europäischen Kontinents bald erfolgen würde. Die wirksamste Weise der Abrüstung wäre zweifellos eine möglichst kurze Ausbildung. Aber eine einjährige Ausbildungszeit wäre bei Anwendung dieser Methode immer noch zu groß. Als vor einigen Jahren die großen Militärs in Versailles die Bestimmungen für die deutsche Wehrmacht berieten und ausarbeiteten, wurde Deutschland schließlich ein System aufoktroiert, das eben darauf gerichtet ist, Deutschland seiner Reserve vollständig zu berauben, um Deutschland jede militärische Angriffs- oder Verteidigungskraft zu nehmen. Mit der Ausgestaltung und wenigstens Verringerung dieser jungen Reservisten wird auch die Stofkraft eines Landes herabgesetzt. Würde die Begrenzung der ausgebildeten Reservisten, die übrigens mit dem Kriegs-Potential nicht zusammengeworfen werden dürfen, nicht in irgend einer Weise praktisch berücksichtigt werden, so würde dadurch der ganze Abrüstungsgedanke ernstlich gefährdet werden.

### Schutzzölle für die englische Textilindustrie.

London, 29. März. Die schwierige Lage der englischen Textilindustrie wurde heute im Unterhaus durch die Anfrage an den Handelsminister bekannt gegeben, ob er bereit sei, für diejenigen Zweige der Textilindustrie, die hartem ausländischen Wettbewerb ausgesetzt sind, Zollschutz zu gewähren. Der Handelsminister erklärte, daß die Frage des Zollschutzes der Textilindustrie von der Regierung sorgfältig beobachtet werde. Er habe aber bisher noch keine Veranlassung gefunden, Zollschutz zu gewähren.

### Jugoslawien ruft um Hilfe.

London, 29. März. Jugoslawien hat die Großmächte benachrichtigt, daß es sich bedroht fühle durch die mit italienischer Hilfe ausgeführte allgemeine Mobilmachung in Albanien. Daily Herald meldet, daß in Italien fortwährend kriegerische Vorbereitungen getroffen werden. Italiener im Alter von 20-27 Jahren dürften nicht mehr austreten und die Einberufung von fünf Jahresklassen der Reserve soll unmittelbar bevorstehen.

### Schanghai unter Kriegsrecht.

London, 29. März. Die heute in London eingegangenen Berichte aus dem fernen Osten lassen erkennen, daß die gestrigen Meldungen erheblich übertrieben waren. General Tschangkaifschek hat im Eingeborenenviertel Schanghais das Kriegsrecht erklärt, um Ordnung zu schaffen. Wie weiter aus Schanghai berichtet wird, hat General Tschangkaifschek heute dem amerikanischen Admiral Williams auf dessen Flaggenschiff einen Besuch abgestattet.

### Der Zwischenfall in Nanking.

London, 28. März. Der Kommandant der Truppen in Nanking, General Tschangkaifschek, gilt als ein Ultraradikaler und es ist ganz wahrscheinlich, daß der Angriff auf die fremden Konsulate und alle noch in Nanking befindlichen Ausländer auf seinen deutschen Befehl zurückzuführen ist. Gemäßigte Mitglieder der Kuomintang versichern, daß die Vorfälle in Nanking, an denen in der Hauptsache Truppen aus der Provinz Honan beteiligt waren, die Frucht eines Komplotts gewesen sei, das die Kommunisten angezettelt hätten, um General Kaifschek daran zu hindern, als streitbarer General in Nanking einzurücken, und um ihn zugleich mit den Mächten zu verbinden. Diese Auffassung werde von Tschangkaifschek geteilt mit der Ausdehnung, daß er den Hauptschuldigen in Moskau suche. Einen wertvollen Beitrag zur Aufklärung des Zwischenfalls in Nanking scheint uns folgende Peisinger De-

peische des „Observer“ zu liefern: „Der wilde Angriff auf das Leben und Eigentum der Fremden in Schanghai ging von den nationalistischen Irregulären aus. Ihre Anwesenheit in General Tschangkaifscheks Armee ergibt die Zweckheit der militärischen Organisation der Nationalisten. Die Agitatoren die dem pol. Büro unterstellt sind, sollen den pol. Enthusiasmus der Armeen wachhalten u. sie konzentrieren sich darauf, als Spigen des Vormarsches der regulären Armee die Bevölkerung sieberhaft aufzuregen, was schnell im Gewalttätigkeiten ausgeht. Es scheint, daß diese Irregulären seit der Spaltung zwischen Tschangkaifschek und den Extremen die Instruktion erhalten haben, in ihrem Programm der Aufhebung viel weiter zu gehen wie bisher, um zugleich Tschangkaifschek durch Verwicklungen mit den fremden Mächten zu übermächtigen. Die Vorgänge in Nanking und Schanghai wurden wohl durch das Gesindel verursacht, das für diese Taktik angeammelt worden ist. Bei aller ernster Auffassung der Lage tut man doch gut daran, nicht zu vergessen, daß es den extremen Elementen viel mehr darum zu tun ist, Tschangkaifschek zu ruinieren, als die Mächte zu plagen, und daß heute die Wahrscheinlichkeit einer Vertiefung zwischen Tschangkaifschek und den christlichen Generalen Feng und Yangning besteht.“

In dieser Meldung liegt eine Warnung, die sehr angebracht ist angesichts des energischen Versuches der Kanonendootspolitik, die Vorgänge in Nanking und Schanghai für eine Förderung dieser Politik auszunutzen.

### Die Zukunft Deutsch-Südwests.

„Die Union gibt Südwestafrika nicht mehr heraus.“  
Die führende englische Kolonialzeitschrift „The African World“ schreibt über das südwestafrikanische Problem: „Zu verschiedenen Gelegenheiten ist festgestellt worden, daß die Einwanderungen oder Nichteinwanderungen neuer Deutscher in Südwestafrika keinen Einfluß haben auf die zukünftige Stellung des Mandatsgebietes Südwestafrika im Rahmen der südafrikanischen Staaten. Mehrfach ist von den Deutschen im Lande versichert worden, daß das Schicksal der Kolonie in Europa und nicht in Afrika entschieden wird. Der „Windhoek Advertiser“ ist anderer Meinung. Die Zeitung ist der Ansicht, daß, solange das Mandat besteht, der Völkerbund, mit anderen Worten die europäischen Staaten, ein direktes Interesse an den südwestafrikanischen Angelegenheiten nimmt und sich nicht mit einer unbestimmten Autorität begnügt. Zur gegebenen Zeit, wenn Südwestafrika seine Kinderjahre hinter sich hat, wird die formale Zustimmung des Völkerbundes für die Abschaffung des nicht länger notwendigen Mandatsystems erforderlich sein. Aber daß der Völkerbund oder einige von den europäischen Staaten Südwestafrika als Pfand benutzen wollen im Zusammenhang mit den großen internationalen Streitpunkten in diesem Teile der Erde, ist sehr unwahrscheinlich. Die Zukunft des Landes ist eng verbunden mit der Zukunft der Nation, die sich nun in Südafrika entwickelt. Schlimmstenfalls wird die Kolonie von der Union geschluckt werden, bestenfalls wird sie ein Teil werden der großen Föderation der südafrikanischen Staaten. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, es sei denn, daß sich die Ereignisse von 1914-1918 wiederholen. Eine Abstimmung unter den 5000 Weißen in Südwestafrika würde niemals dazu führen, daß Deutschland in Südafrika wieder Fuß faßt und ein Beschluß in Genf würde das gleiche Ergebnis haben. Südwestafrika wird an Deutschland zurückfallen, wenn die Südafrikanische Union das nicht länger verhindern kann, sei es auf irgend welchen Druck hin, sei es durch Waffengewalt. Ähnlich liegen die Dinge für das Imperium hinsichtlich des Mandatsgebietes Tanganjika. Das sollten sich alle vor Augen führen, die es angeht.“

### Rumäniens Minderheitenpolitik.

Bukarest 24. März. In der letzten Senatsitzung richtete der frühere liberale Innenminister Cătarescu an den Innenminister Goga eine dringliche Anfrage wegen der Minderheitenpolitik der Regierung. Cătarescu wies einleitend darauf hin, daß sich die Minderheiten gegenwärtig in einem Zustand der Unruhe befänden, den sie mit der Enttäuschung begründen, die ihnen durch die mangelhafte Durchführung der in dem Wahlpakt gemachten Versprechungen bereitet wurde. Andererseits suchte sich die Regierung durch eine Verlegenheitspolitik über die augenblickliche Lage so gut als möglich hinwegzuhelfen. Eine derartige Situation, die den Wiederaufbau des Landes störe, sei aber auf die Dauer unhaltbar. Die liberale Partei habe immer den Standpunkt vertreten, daß das Minderheitenproblem nicht zum Gegenstand eines politischen Kuhhandel gemacht werden dürfe, wie dies bei dem Abschluß des Wahlpaktes der Fall gewesen war, sondern im gemeinsamen Einvernehmen aller rumänischen Parteien einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden müsse, die aber den höheren Staatsinteressen nicht zuwiderlaufe. Die Grundlagen für diese Lösung sieht Redner in einer Politik der Duldsamkeit und des freundschaftlichen Verständnisses der Tatsache, daß den Minderheiten gewisse Rechte der Sprache, der Kultur und der Pflege ihre Volkstums zustehen, andererseits aber in der unbedingten Wahrung des Staatsinteresses, wie es schon in der Verfassung zum Ausdruck gelangt sei, in der Rumänien als ein einheitlicher Nationalstaat bezeichnet wird. Rumänien habe das Recht und die Pflicht, von den Minderheiten die unbedingte Anerkennung des Staatsgedankens zu fordern. Ihr Verhalten zeige aber, daß sie die völlige freiwillige Einstellung zu diesen Grundätzen noch nicht gefunden hätten. Innenminister Goga dankte in seiner Antwort dem Vordredner für seine maßvollen und sachlichen Ausführungen. Auch er sei der Ansicht, daß eine Lösung des Minderheitenproblems nur durch Duldsamkeit gefunden werden könne. Die von Cătarescu vorgeschlagenen Wege seien aber insofern verpöht, als die Volkspartei und vor allem Redner selbst den Gedanken einer einheitlichen Behandlung der Minderheitenfrage schon früher als die Liberalen aufgegriffen hätten. Minister Goga erklärte zum Schluß namens der Regierung, daß diese dem Gedanken eines Einvernehmens sämtlicher rumänischer Parteien über die Lösung des Minderheitenproblems gerne näher treten werde.

### Gefältschte Kellogg-Noten an Mexiko.

New York, 28. März. Wie der amtliche amerikanische Funknachrichtendienst meldet, haben die letzten amerikanischen Geheimnoten an Mexiko einen außergewöhnlichen Inhalt gehabt. Sie stellten näm-

lich fest, daß die mexikanische Regierung gefälschte amerikanische Noten mit der falschen Unterschrift von Staatssekretär Kellogg erhalten hatte, die nichts weiter bezweckten, als die Mexikaner gegen Washington zu erbittern und die amerikanisch-mexikanischen Beziehungen damit zum Abbruch zu treiben. Bisher ist man den Notenverschönerern noch nicht auf die Spur gekommen.

Abführung ausländischer Arbeiter aus Frankreich.

Paris, 28. März. Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit in Frankreich haben u. a. die Folge gehabt, daß die Abführung ausländischer Arbeitskräfte aus Frankreich sehr stark geworden ist. Seit Beginn des Jahres haben rund 25 000 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen. In der letzten Dezemberwoche war die Zureise noch größer, als die Abwanderung — 989 gegen 739 —, aber schon in den ersten Januarwochen änderte sich das Bild auf 697 Einreisende gegen 1028 Ausreisende. In den späteren Wochen stieg die Zahl der Ausreisenden auf durchschnittlich 2000 bis 2200, während die Zahl der Einreisenden auf etwa ein schwaches Duzend fiel.

Hände weg von der Reichswehr!

Reichswehrminister Dr. Gessler weist im Reichstag die ungerechtfertigten Angriffe zurück.

Berlin, 28. März. Den Auftakt der Sitzung bildeten Reden zweier Sozialdemokraten, zuerst des Abgeordneten Stücken als Berichterstatter. Er sprach sachlich, aber in seinen Mitteilungen über die Beschlüsse des Ausschusses steckt doch schon viel Kritik, so besonders, wenn er den Personalaufwand in der Marineverwaltung schildert. Schärfer ging der Abgeordnete Schöpflin vor. Es war bemerkenswert, daß er das Vorgehen der Liga für Menschenrechte gegen die Reichswehr ausdrücklich mißbilligte. Daraus mußte der Reichswehrminister, wie er es später auch tat, Notgedrungen die Folgerung ziehen, daß die Sozialdemokratie der Reichswehr an sich nicht feindlich gegenüber steht, daß sie aber darum kämpft, der republikanischen Armee auch einen republikanischen Charakter zu geben. Graf von der Schulenburg (D.N.) erklärt, im Wehretat sei nur das angefordert worden, was für die Landesverteidigung dringend geboten sei. Ganz Frankreich stellt sich in den Dienst der Landesverteidigung und billigt die Errichtung von Befestigungswerken von Dünkirchen bis nach Mailhaußen. Nur wir sind das in Ketten gelegte Volk, zweiter Klasse, das über die Art und das Maß seiner Rüstung nicht selbst bestimmen darf. Mißhandlungen und vorchriftswidrige Behandlung dürfen in der Reichswehr nicht vorkommen. Wir begründen die für Verbesserung der Unterkunft angeforderten Mittel. Die Offiziere müssen so bezahlt werden, daß sie ihre Laufbahn nicht mit Schulden anfangen. Ein sehr ernstes Kapitel ist die Versorgung der ausgedienten Soldaten. Der Redner gedenkt dann des Generalobersten v. Seeckt. Alle Vorwürfe gegen die Reichswehr und ihr Offizierskorps fallen in ein Nichts zusammen gegenüber der Tatsache, daß die Reichswehr in kritischen Zeiten der feste Halt von Ordnung und Autorität gewesen ist. Die Hoheitszeichen des neuen Staates und seine Farben sollen von der Wehrmacht geachtet werden. Wir lehnen uns dagegen auf, daß der politische Kampf in das Heer hineingetragen wird. Wir wissen, daß die Reichswehr von tiefem Ernst, heißer Vaterlandsliebe und hohem Pflichtgefühl besetzt ist und in den Pflichten gegen den heutigen Staat nicht versagen wird. Erling (3.) führt aus, ein pazifistisch erzogenes Heer ist undenkbar. Die Reichswehr ist ein Instrument der vom Parlament und Regierung beigestellten Politik. Ich freue mich, feststellen zu können, daß General Heine diese Auffassung im Ausschuss klar und unabweisend ausgesprochen hat. Das offene Bekenntnis des Generals Heine, daß die Offiziere der Reichswehr der deutschen Republik dienen wollen, hat im Lande gute Aufnahme gefunden. Die Reichswehr ist die Wehrmacht der deutschen Republik, der sie zu dienen und deren Hoheitszeichen sie volle Achtung entgegenzubringen hat. Wer das nicht tun will, scheidet aus der Reichswehr aus! Aber auch die Behauptung gewisser Kreise, daß eine Zustimmung zum Wehretat mit einem Bekenntnis zu kriegerischer Politik gleichbedeutend sei, weisen wir entschieden zurück. Der Redner verweist auf die Feststellung der Vorkonferenz, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags erfüllt hat. Wir dürfen nicht eher ruhen, als bis die Abrüstung einheitlich durchgeführt ist. Die hohen Kosten der Reichswehr sind eine Folge der Bestimmungen des Versailler Vertrags über das Aufstellen der Wehrmacht. Auch an den Befoldungskosten könnte gespart werden, wenn die Soldaten nicht zwölf Jahre dienen müßten. Wir zollen der Reichswehr für die Art, wie sie ihre Aufgaben erfüllt, Achtung und Anerkennung und wünschen, daß zwischen Volk und Wehrmacht ein Vertrauensverhältnis geschaffen wird, damit die Reichswehr ihren Aufgaben gerecht werden

kann. Inzwischen sind Mißtrauensanträge von den Sozialdemokraten und Kommunisten eingebracht worden. Das Haus nimmt die Abstimmungen zum Haushalt der besetzten Gebiete vor. Der Haushalt wird unter Ablehnung zahlreicher kommunistischer Änderungsanträge nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. In zweiter und dritter Lesung wird auch das Befähigungsleistungsgesetz angenommen. Damit ist die 2. Lesung des Haushalts der besetzten Gebiete erledigt.

Reichswehrminister Dr. Gessler

setzt im Reichstag die Aussprache zum Wehrhaushalt fort. Er stellt mit Benugung fest, daß es möglich gewesen ist, hier im Laufe eine grundsätzliche Aussprache über die Reichswehr von rein sachlichen Gesichtspunkten aus zu führen. Die Kritik habe besonderes Gewicht gelegt auf die Belastung des Haushalts und der deutschen Volkswirtschaft durch die Aufgaben, die wir für unsere Wehrmacht schaffen müssen. Leider hätten sich die Hoffnungen, daß nach den Erfahrungen des Weltkriegs eine Abrüstung durchgeführt werden würde, nicht erfüllt. Die englischen Militäraufgaben seien seit 1913 um ungefähr 700 Millionen gestiegen. Der „Economist“ berechne, daß England und Frankreich je 3 1/2 Proz. ihrer National Einkommen für ihre Sicherheit als Versicherungsprämie ausgeben, Italien 4 Proz., Deutschland dagegen nur 1 1/2 Prozent. Während England für jeden seiner Berufsdaten 4800 Mark im Jahre ausbe, sei der Betrag für Deutschland nur 4000 Mark. Die deutsche Regierung verfolge mit Ernst alle Abrüstungsbestrebungen. Wenn wir die Möglichkeiten des Vertrags von Versailles erschöpfen wollen, nicht auf 80 000 oder 60 000 Mann zurückgehen wollen, können wir an dem Haushalt nichts strichen, denn ein großer Teil der Ausgaben ist absolut zwangsläufig. Ein Militärheer würde übrigens nicht billiger sein, weil es zur Ausbildung viel mehr geschultes Personal braucht. Deshalb ist unser System noch das relativ günstigste. Allerdings können wir mit diesem System nicht auf die Dauer leben. Wir können uns nämlich bei einem Angriff auf unser Volk nicht genügend verstärken. Wir müssen fordern, daß das, was man uns aufzuzwingen hat, als Muster für eine allgemeine Abrüstung dient. Wir können uns unserem Heer nur einen bescheidenen Grenzschutz machen. Als Entwurf allgemein: Abrüstung oder wir müssen in die Lage verkehrt werden, unsere Rüstung gleichgerichtet gegenüberzutreten. Man kann Deutschland nicht auf den Stand eines Indianerstammes zurückhalten. Wir können nicht auf die Gleichberechtigung im Kreis der Völker verzichten. Auch Sie (zu den Kommunisten) haben nicht darauf verzichtet. In Rußland fordern sie es ja auch. Die Kontrollkommission haben wir als tiefste Demütigung empfunden, die man einem tapferen Volk zumuten konnte, nachdem es trotz langer Gegenwehr unterlegen war. Wir haben sie umso bitterer empfunden, als die Durchführung der Kontrolle nicht in den Händen der französischen Liga für Menschenrechte lag, sondern in den Händen englisch-französischer Generalstabsoffiziere, die genau wußten, daß man mit ein paar alten Maschinengewehren keine Schlacht schlagen kann. Ich wünschte übrigens, daß auch die Berichte der Kommission veröffentlicht werden. Dann könnten wir mit Besorgnis sehen, wie diese Kommission aus allen Kreisen der deutschen Bevölkerung unterstützt worden ist. Meist aus tüchtiger Schwachsicht! Ich erinnere nur an die Aussagen des Leutnants Tilleßen. Sie würden erstaunt sein, wenn Sie lesen könnten, mit welcher Verachtung die Ententeoffiziere von uns geschrien und gesprochen haben. Ich begrüße es, daß die Kontrollkommission fort ist, weil damit eine starke Hemmung für die Zusammenarbeit der Völker und auch ein Instrument zur Vergiftung der Seele des deutschen Volkes beseitigt ist. — Die Abgeordneten Schöpflin und von der Schulenburg waren sich völlig einig darüber, daß das Heer nicht politisch mißbraucht werden darf. Das Mißtrauen der Sozialdemokraten schmerzt mich tief. Aber ich halte ihr Urteil für ungerecht. — (Abg. Müller-Franken (Soz.): Der Verlauf der Femeprozesse war dafür wesentlich.) — Auf diese Angelegenheit will ich jetzt nicht eingehen. Sie (zu den Kommunisten) sind ja selbst Vertreter der Feme. Widerspruch bei den Kommunisten.) Nach der Denkschrift der Hamburger Polizei über den Aufstand von 1923 hat Kemmele damals den von ihm vereidigten Leuten zugerufen: „Wer verpöcht, verfallt der Feme!“ In Weimar hat man nun einmal das Heer auf den alten Offizieren aufgebaut. Damit hatte ich zu rechnen, als ich Minister wurde. Und in der Zeit, wo ich mit der Entente um den Chef der Heeresleitung kämpfte, konnte ich nicht Meinungsverschiedenheiten mit diesen aufkommen lassen. Ich habe aber niemals Zweifel an meiner Stellung zu den Wehrverbänden gelassen. Niemand kann jedoch mehr tun als in seinen Kräften liegt. Was aber haben die Sozialdemokraten getan? Sie standen in Opposition! Allerdings habe ich das Heer nicht auf republikanischen Ideologien aufgebaut, sondern auf dem Ideal des Soldaten: Pflichterfüllung,

Treue und Festhalten an seinem Eid! Manche Politiker der Linken hätten den warmen Ton für die Reichswehr nicht gefunden, (Abg. Dr. Haas (Dem.): Das ist nicht richtig!) Auf Dr. Haas trifft das nicht zu, aber lesen Sie nur, was Herr Erkelenz in der „Hilfe“ schreibt! Der „Vorwärts“ macht zum Beispiel eine Ueberschrift: „Schon wieder ein Kreuzer vom Stapel gelaufen!“ Ja, diesem Kreuzer haben Sie (zu den Sozialdemokraten) selbst bewilligt. Man soll immer mißtrauisch sein, aber es nicht jeden Augenblick betonen. Das alte Reich ist zugrunde gegangen, weil es der Arbeiterschaft und England nicht traute. Auch unser Heer verlangt Vertrauen. Es hat im Kapp-Putsch nicht versagt. Nur ein Führer, Lüttich, hat damals versagt. Es ist wie General Heine sagte: Das Heer gehorcht. Es kommt an auf die Führer! Das Wirren des Generals Seeckt bestand in einer Gefälligkeit. Sie war untragbar und die Konsequenzen wurden auch gezogen. Trotzdem müßten wir die großen Verdienste des Generals Seeckt in schwerster Zeit anerkennen. Auch das Offizierskorps verdient Vertrauen, selbst wenn ein einzelner einmal aus der Reihe kam. Den Kompanieführern muß die Verantwortung bleiben für die Einstellung ihrer Leute. Ich habe aber angeordnet, daß keine Einstellung erfolgt, falls nicht die zuständige Polizeibehörde das versicherungsmäßig einwandfreie Verhalten bescheinigt. Auch die Einstellung des Offizierserbes ist neu geregelt. Verantwortlich bleibt der Kommandeur. Aber wir behalten uns Nachprüfung vor. Ich habe mit dem Chef der Heeresleitung verabredet, daß für Angehörige der besetzten Gebiete eine bestimmte Anzahl Stellen offen gehalten werden müssen. Länder und Gemeinden müssen uns bei der Unterbringung der Entlassenen mehr unterziehen. Krankenkassen haben sich zum Beispiel geweigert, Militärarmwärter einzustellen. (Zuruf links: Wir wollen die Krankenkassen nicht militarisieren.) Auch nicht mit republikanischen Unteroffizieren? — Auf meine Amtszeit blicke ich mit Befriedigung zurück. Die Reichswehr ist heute eine in sich gefestigte treue Truppe. Ich bin dankbar für jede Kritik. Wir wehren uns aber gegen die maßlosen Uebertreibungen und Verallgemeinerungen, die im letzten Endes sind Volk und Reichswehr aufeinander angewiesen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Förderung der Bautätigkeit.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat das Reichsarbeitsministerium, veranlaßt durch die beunruhigenden Erscheinungen auf dem Bauplätze, neue Maßnahmen zur Förderung der Bautätigkeit und Stabilisierung des Baupreisniveaus ergriffen. Die ungenügenden Erscheinungen, die mit dem Wiederbeginn der Bautätigkeit eingetreten sind, machen sich vor allem auf dem Kapitalmarkt bemerkbar. Namentlich auf dem Pfandbriefmarkt sind Störungen eingetreten, so daß die Aufbringung der Mittel für die ersten Hypotheken sich verzögern kann. Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb darauf hingewiesen, daß Reich und Länder mit Rücksicht auf diese Erscheinungen alle Möglichkeiten für Zwischenkredite weitgehend pflegen müssen. Hinzukommt eine Steigerung der Baupreispreise. Der Baupreisindex, der im Jahre 1923, 128 Prozent des Friedenspreises betrug, hat in den letzten Jahren Schwankungen durchgemacht. Im Jahre 1924 stieg er vorübergehend auf 154 Prozent, im Jahre 1925 erreichte er zeitweilig 176 Prozent, 1926 schwankte er zwischen 157 und 164 Prozent. Im Februar und März d. J. ist eine Steigerung auf 166 Proz. eingetreten und es herrscht weiter steigende Tendenz, sodaß sogar die Gefahr besteht, daß diese Steigerung zu verhindern, hat der Reichsarbeitsminister, wie es schon im November vorigen Jahres einmal geschehen ist, die Länder darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig sei, die Bauverträge auf das ganze Jahr zu verteilen, damit nicht in den einzelnen Jahreszeiten besonders starke Anforderungen an Baumaterialien eintreten und die Preise dadurch hochgetrieben werden.

Die Lage ist umso bedenklicher, als die angegebenen Indizes sich lediglich auf die großen Abschlässe beziehen, während für kleinere Abschlässe erheblich höhere Preise bereits gezahlt werden. Wie weit die Preissteigerung auf unberechtigte Gewinne der Baugesellschaften zurückzuführen, kann nicht festgestellt werden. Es erscheint den zuständigen Berliner Stellen aber auffällig, daß an der Börse die Aktien der Baugesellschaften in der letzten Zeit stärker gestiegen sind als andere Aktien.

Dr. Eckener über die Luftschifflinie Spanien—Südamerika.

Berlin, 25. März. Dr. Eckener empfing heute vormittag einige Pressevertreter, um der Öffentlichkeit über den augenblicklichen Stand des Luftschiffbaues und der Verhandlungen über die spanisch-südamerikanische Luftschifflinie zu berichten. Nach seinen Ausführungen ist damit zu rechnen, daß der Verkehr im ungünstigsten Falle im Oktober nächsten Jahres aufgenommen werden kann. Die Verhandlungen mit der spanischen Regierung haben dazu geführt, daß Spanien in Form von Subventionen für ausgeführte Fahrten die Mittel durch Schaffung der Hafenanlagen in Sevilla hergibt und im Falle einer Einstellung des Fahrbetriebes die Aufwendungen vergütet. Da ähnliche Abkommen mit Argentinien und später wahrscheinlich auch mit anderen südamerikanischen Regierungen zu erwarten sind, ist die Durchführung des großen Planes damit endlich gesichert. Die spanische Gesellschaft wird zunächst zum Luftschiffbau Zeppelin das im Bau befindliche Luftschiff L. 3. 127 verwenden. Das Schiff wird alle drei Wochen eine Fahrt hin und zurück ausführen. Es werden etwa 15 000 Kilogramm Nutzlast hierbei auf jeder Fahrt befördert werden können, die zum großen Teil in Post und Paketen, zum geringen Teil in Passagieren bestehen. Die Fahrtdauer wird nach Südamerika 75—80 und zurück etwa 96—100 Stunden betragen, gegenüber 16 Tagen Kesselbau zur See. Der L. 3. 127 hat nicht allein die Aufgabe, der Welt den Beweis für die Verwendbarkeit des Zeppelins über ausgedehnte ozeanische Strecken zu erbringen, er hat gleichzeitig ein drohendes französisches Verkehrsmonopol auf dem Südatlantik zu vereiteln und für Deutschland einen großen prestigehaften Wert. Dr. Eckener hofft deshalb, daß die zwei Millionen Mark die zur Fertigstellung noch fehlen, aber vom Haushaltsausschuss des Reichstags in diesen Tagen getrichen worden sind, doch wieder eingesetzt werden, zumal der Ausschuss über die Aufgaben des Luftschiffes nicht richtig unterrichtet gewesen sei.

Das deutsche Volk im Erwerbsleben.

Mitte Juni 1925 ist in Deutschland seit 18 Jahren zum erstenmal wieder eine Berufs- und Betriebszählung vorgenommen worden. Die Ergebnisse dieser Zählung liegen noch nicht vollständig vor. Die ersten Resultate lassen jedoch bereits erkennen, wie groß die wirtschafts- und sozialpolitische Bedeutung dieser Statistik sein wird. — Da die Befragung mit der zukünftigen Entwicklung rechnen muß, müssen alle irgend erreichbaren Daten gesammelt werden, die einen Rückschluß auf die Zukunft gestatten. Hierzu gehören in erster Linie die bevölkerungspolitischen Zahlen, d. h. die Ziffern über Geburtenzahl, durchschnittliche Sterblichkeit, Verteilung der Bevölkerung nach Altersklassen usw. Während des Krieges war man der Meinung, wir würden der Verdrängung des großen Völkerringens unter einem fühlbaren Mangel an Arbeitskräften leiden. In Wirklichkeit hat sich das Gegenteil herausgestellt. Während vor dem Kriege die Zahl der Erwerbstätigen rund 37 Millionen betrug, ist sie jetzt auf 42 Millionen gestiegen, obwohl die Gesamtbevölkerung inzwischen nur um 2 Millionen zugenommen hat. Nun könnte man meinen, daß allein die erschweren Lebensbedingungen einen größeren Prozentsatz der Erwerbsfähigen in das Erwerbsleben treiben, daß also das Steigen

Der Schatz von Boscocoreale!

Humoristische Novelle von M. D. Schmitz.

10) (Nachdruck verboten.) „Himmel — Bomben — Element — Schock — Schrecken. Da soll doch gleich ein Donnerwetter...“ rief Fritz Wendeborn und schlug mit der geballten Faust kräftig auf den Tisch, daß das Frühstücksgeschirr durcheinanderfiel. „Das schönste große Los in der Hand gehabt und auf so blödsinnige Weise drunzucken!“ Es dauerte eine ganze Weile, bis er sich so weit beruhigt hatte, daß er mit der Lektüre des Briefes fortfahren konnte. „Von wem ich diese Neuigkeiten habe?“ schrieb Holberg weiter. Von dem Onkel meiner Braut, der in Geschäftsangelegenheiten acht Tage nach Paris verreist war. Herr Winter ist nämlich selber der amerikanische Nabob, der die von Rothschild verschmähten Stücke des Schatzes für eine Million Franken gekauft hat. Als ich ihm erzählte, daß uns der ganze Schatz vor etwa vier Wochen zu tausend Lire angeboten war, daß ich diesen Preis aber für zu hoch gehalten und Ihnen geraten hatte, dem alten Bäuerlein nur zweihundert Lire dafür zu bieten, schien er sich zuerst ein bißchen ärgern zu wollen, dann aber hat er sich vor Lachen geschüttelt und gesagt: Gut, daß du mir das sagst, mein Junge! Ich hatte den Schatz zu einem Hochzeitsgeschenk für Mary bestimmt. Aber da du seinen Wert so niedrig veranschlagst, kann ich euch unmöglich ein so ärmliches Geschenk machen. Ich werde ihn deshalb mit nach Amerika nehmen und für Mary ein anderes Hochzeitsgeschenke ausfinden.“ „Sie sehen, lieber Wendeborn, man kann einem Amerikaner gegenüber nicht vorsichtig genug in seinen Aussagen sein.“ Schadenfreude ist, einem bekannten Aussprüche zufolge, die reinste Freude. Wer deshalb ein etwas philosophisch veranlagtes Gemüt hat, wird es als menschlich und entschuldbar ansehen, wenn bei dieser Stelle des Briefes ein behagliches Schmunzeln über das guimuttige Gesicht Wendeborns huschte und seine Lippen leise murrten: „Das hätte auch noch gefehlt, lieber Doktor. Das schönste Mädchen der Vereinigten Staaten, ein fürstliches Vermögen und obenrein noch diesen unschätzbaren Silberfund, der von Gottes und Rechts wegen eigentlich mir zukommt!“ Über Holbergs Schreiben war noch nicht zu Ende. „Ob ich bei den Worten Winters vielleicht ein komisches Gesicht gemacht habe, oder ob Mary glaubte, ich fühle mich dadurch betroffen, weiß ich nicht, aber sie zupfte ihren Onkel an den Ohren und sagte: „Behalt nur ruhig deinen alten Silberfund und nimm ihn mit nach Amerika, damit deine Freunde in Milwaukee einmal sehen, was für schöne Sachen in Europa

schon vor einigen tausend Jahren gemacht worden sind! Aber ein paar Stücke davon bitte ich mir unbedingt aus! Die müssen wir Herrn Wendeborn als Andenken geben. Dem bist du so wie so, ganz unter uns gesagt, eine Benugung für die sonderbare Begrüßung in Neapel schuldig. Ernst hat ja hoffentlich in mir seinen Schatz von Boscocoreale gefunden, aber Herr Wendeborn ohne den Ernst und ich uns möglicherweise nicht kennen gelernt hätten, muß einige Stücke von dem Schatz erhalten!“ worauf der Onkel erwiderte: „Liebe Mary, du kannst über den ganzen Schatz verfügen, ich habe nur einen kleinen Scherz machen wollen. Ich habe ihn für dich gekauft, und demnach ist er dein Eigentum. Dein Vorschlag, Herrn Wendeborn eine kleine Freude zu machen, findet meinen ganzen Beifall, und ich bitte dich, einige hübsche Stücke auszuwählen. Das Schönste hat ja leider Rothschild für sich behalten.“ Meine Braut hat nun zur Erinnerung an die kurzen schönen Augenblicke, die wir in Neapel zusammen verlebten, zwei Statuetten aus dem Schatz von Boscocoreale für Sie ausgesucht, die heute an Ihre Adresse abgegangen sind. Meine Braut bittet Sie, dieses kleine Andenken aus Boscocoreale nicht zu verschmähen, ich schließe mich ihren Bitten an, und Onkel Winter hofft, daß Sie ihm den mürrischen Empfang, den er uns beiden in Neapel bereitet hat, nicht weiter nachtragen werden. Im übrigen sind Sie hiermit von Mary und mir freundlichst eingeladen, bei unserer im Monat Mai in Berlin stattfindenden Hochzeit das Amt des Brautführers zu übernehmen, eine Bitte, die Sie uns hoffentlich nicht abschlagen werden. Brautjungfer ist eine sehr hübsche Freundin Marys, ebenfalls eine Deutsch-Amerikanerin, die mit ihren Eltern augenblicklich auf einer Vergnügungsreise in Europa ist und vor einigen Tagen hier bei uns auf Besuch war. Wenn Sie nicht ein ganz hartgeotener und unverbesserlicher Junggeselle sind, so glaube ich — na, ich will weiter nichts sagen, aber wer weiß, was der alte Silberfund von Boscocoreale noch für schwerwiegende Ereignisse im Besolge haben kann! In acht Tagen reise ich nach Berlin zurück und werde nicht verfehlen, Ihnen dann meine Auswartung zu machen. Bis dahin seien Sie aufs freundlichste gegrüßt, sowohl von meiner Braut wie von Ihrem ganz ergebenen Ernst Holberg.“ Wendeborn fakete bedächtig den Brief zusammen und sagte: „Na, die Sache mit der Brautjungfer wollen wir uns doch noch reiflich, sehr reiflich überlegen. So schnell gangen wir nicht Feuer, lieber Doktor Holberg! Aber daß mir zu guter Letzt doch noch ein paar Stücke aus dem Schatz von Boscocoreale zufallen, das macht mir Spaß!“ Ende.

der Erwerbstätigenzahlen ausschließlich auf diesen Umstand zurückzuführen sei. Das trifft jedoch nicht zu. Viel bedeutender ist die Steigerung, die das Verhältnis der Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung nach dem Kriege erfahren hat. Infolge des Krieges und später auch infolge der ungünstigen Erwerbsverhältnisse in der Nachkriegszeit ist nämlich die Geburtenzahl stark gesunken. Die jungen Jahrgänge, — nämlich die 7—12 jährigen — sind viel weniger zahlreich als die mittleren Jahrgänge (die 13—25 jährigen), die nicht durch den Krieg dezimiert sind, und die durch die hohen Geburtenziffern der Vorkriegszeit bestimmt werden. Ein Rückgang der Zahl derer, die neu ins arbeitsfähige Alter treten, wird erst vom Jahre 1930 an zu verzeichnen sein, nämlich dann, wenn der sehr knappe Jahrgang 1915 das arbeitsfähige Alter erreicht haben wird.

Am 11. März hat die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Tagung in Berlin abgehalten und untersucht, welche bevölkerungspolitischen Gründe die in Deutschland herrschende Erwerbslosigkeit hat, und wie sich die Erwerbslosigkeit in den verschiedenen Wirtschaftszweigen stellt. Man wird die außerordentliche Erwerbslosigkeit am zweckmäßigsten wie folgt begründen können: Durch den Krieg ist eine Vermehrung des Angebots von Arbeitskräften eingetreten, die durch die herrschenden ungünstigen wirtschaftlichen Umstände auch nicht annähernd hat weggemacht werden können. Eine wichtige Rolle spielt natürlich der stärkere Eintritt von Frauen in das Erwerbsleben. Ein Vertreter des Statistischen Reichsamts hat auf der genannten Erwerbslosentagung geäußert, die Vernichtung von 2 Millionen Männern im besten Alter (durch den Krieg) verurteilt etwa eine halbe Million deutscher Mädchen zur Ehelosigkeit. Außerdem kann man rechnen, daß durch die Zerstörung der Sparvermögen und durch andere Gründe weitere Millionen von Frauen neu ins Erwerbsleben hinausgetrieben sind. Endlich hat natürlich die Auflösung des stehenden Heeres und der für viele frühere Erwerbstätige eingetretene Zwang, trotz fortgeschrittenen Alters die Berufsarbeit wieder aufzunehmen, die Arme der Beschäftigungssuchenden vermehrt. Der Vertreter des Statistischen Amtes glaubt, daß der Eintritt der dünnbesetzten Kriegsjahrgänge ins Wirtschaftsleben in den ersten Jahren des kommenden Jahrzehnts zwar eine Verminderung des Neuangebots an Arbeitskräften herbeiführen wird, daß dies Minus aber durch eine dichtere Besetzung der andern arbeitsfähigen Jahrgänge ausgeglichen werden wird. Jedenfalls ergeben die bevölkerungspolitischen Erhebungen, daß wir besondere Anstrengungen machen müssen, um die während der nächsten Jahre ins Erwerbsleben hinausdrängenden Teile unseres Volkes ausreichend beschäftigten und versorgen zu können.

### Baden.

#### Die Erhaltung der Kleinbrennereien.

Auf der in Offenburg am Sonntag stattgehabten Generalversammlung des Landesverbandes badischer Klein- und Obstbrenner erstattete der frühere Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer Dr. Müller ein eingehendes Referat über seine Bemühungen zur Erhaltung der Kleinbrennereien, im Kampf mit den Großbrennern. Durch Vereinbarung mit der Hauptarbeitsgemeinschaft des preussischen Brennervereins wurde erreicht, daß die Abfindungsbrennereien erhalten bleiben. Die gewerblichen Abfindungsbrennereien müssen sich entweder als landwirtschaftliche oder als Obstbrennereien erklären. Außerdem kann zu dem jetzt bestehenden Brennrecht von drei Hektoliter ein Zusatzbrennrecht von 5—10 Hektoliter gewährt werden. Die Monopolverwaltung soll verpflichtet werden, außer den Edelbranntweinen auch noch Branntwein zu einem angemessenen Preis von den Brenneren zu übernehmen. Es soll den badischen Brenneren eines Ortes freistehen, ob sie sich zu einer Gemeinschaftsbrennerei zusammenschließen wollen oder nicht. Ein billigerer Verkauf als zu den von der Monopolverwaltung festgesetzten Preisen darf nicht stattfinden. Die Abmachungen bedürfen noch der Genehmigung der Reichsregierung.

#### Die Landesbürgerschaft für die Landwirtschaftlichen Lagerhäuser A.-G. in Tauberbischofsheim.

Karlsruhe, 29. März. Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der das Ministerium des Innern ermächtigen soll, die für die Zentrale der Landwirtschaftlichen Lagerhäuser A.-G. in Tauberbischofsheim übernommene, mit Ende des Monats März 1927 erlöschende Bürgerschaft des Landes in Höhe von 850 000 Reichsmark zu erneuern und bis zum Schluß des Jahres 1927 bestehen zu lassen. Die Bürgerschaft soll erlöschen mit einem Betrag von 150 000 Reichsmark am 31. Oktober 1927, mit 400 000 Reichsmark am 30. November 1927 und mit 300 000 Reichsmark am 31. Dezember 1927. Die Vorlage ist erfolgt auf Grund eines Gesuches der Zentrale der Landwirtschaftlichen Lagerhäuser A.-G. in Tauberbischofsheim, die jetzt im Vorjommer nicht in der Lage ist, die Gelder zur Begleichung des Darlehens aufzubringen.

#### Eisenbahnverbindungen zwischen Rheinland-Westfalen und Südwestdeutschland.

Der Südwestdeutsche Handelskammerausschuß für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr (Vorort Handelskammer Karlsruhe) beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung in Frankfurt a. M. u. a. auch mit der Frage der Gestaltung der Schnellverbindungen zwischen Rheinland-Westfalen und Südwestdeutschland. Er sahle seine Wünsche in folgender Entschlieung zusammen, die der Reichsbahnhauptverwaltung Berlin und den beteiligten Reichsbahndirektionen übermittelte wurde:

„Besonders günstige, direkte Schnellverbindungen zwischen Rheinland-Westfalen einerseits und den ausgedehnten südwestdeutschen Fremdenverkehrsgebieten andererseits sind im übereinstimmenden Interesse der volkreichen rheinisch-westfälischen Gebiete wie auch Südwestdeutschlands unbedingt erforderlich. Auch die zum Jahresfahrplan 1927—1928 vorgesehenen Verbindungen entsprechen den tatsächlichen Bedürfnissen nicht. Trotz nachhaltigster Schritte der vereinigten Interessenten ist es beispielsweise nicht gelungen, für den Oberrhein und die Bergstraße auch nur eine einzige durchgehende Tagesverbindung auf dem kürzesten Wege mit dem Rheinland zu erhalten. Auf das lebhafteste beklagt werden die Einschränkungen des Schnellverkehrs im Winterfahrplan 1926/27 wie der Wegfall der wichtigen Tageszüge D 27/28, 27a/28a Wiesbaden und Frankfurt a. M.—Berlin und der Nachtschnellzüge D 94/93 Frankfurt a. M.—Stuttgart—München, sowie die die Interessen des Schwarzwalds aufs stärkste beeinträchtigenden Einschränkungen des Fahrplans der Schwarzwaldbahn. Der südwestdeutsche Handelskammerausschuß für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr, am 18. März 1927 im großen Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M., unter starker Beteiligung aus ganz Südwestdeutschland versammelt, gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsbahn dem dringend notwendigen Ausbau der wichtigen direkten Verbindungen zwischen den dicht besiedelten Gebieten Rheinland-Westfalens einerseits und den bedeutenden südwestdeutschen Fremdenverkehrsgebieten andererseits und zwar sowohl im Laufe des Rheins und der Rheinebene links- und rechtsrheinisch wie auch über das Siegerland, Oberhessen und Frankfurt a. M. ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden möge.“

### Aus Nah und Fern.

+ Sinsheim, 29. März. (Bericht) wurde Aufseher Ferdinand Bader beim Bezirksgefängnis Radolfzell zur Fürsorgeerziehungsanstalt hier.

\* Sinsheim, 30. März. (Handelskammerwahl) Wir machen die Wahlberechtigten zur Handelskammer nochmals darauf aufmerksam, daß heute Nachmittag zwischen 1 und 3 Uhr die Erneuerungswahl stattfindet. Wahllokal ist das Rathaus Sinsheim, wo auch Wahlzettel ausliegen.

in Sinsheim, 29. März. (Andreas Hofer-Aufführung) Die am letzten Sonntag ausgefallene Abendvorstellung findet nun heute, Mittwoch, Abend statt. Die für Sonntag gelösten Karten haben hierfür Gültigkeit. Außerdem finden am nächsten Sonntag die bereits angekündigten beiden letzten Aufführungen statt.

+ Sinsheim, 30. März. (Gartenbauverein) Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich ist, wird am morgigen Donnerstag im Löwenal ein Vortrag des Herrn Gartendirektor Diebold aus Heidelberg stattfinden, zu welchem außer den Mitgliedern alle Gartenfreunde eingeladen sind.

\* Sinsheim, 30. März. (Eisenbahnfahrkarten mit Preisaufdruck) Von der Deutschen Reichsbahngesellschaft wird mitgeteilt: Während der Inflationszeit wurde auf den Eisenbahnfahrkarten nur die Kilometerzahl im Druck vermerkt, da sich die Preise fortgesetzt änderten. Nachdem aber nun seit längerer Zeit in den Personentarifen eine Stetigkeit eingetreten ist, wird die Reichsbahn jetzt beim Neudruck von Fahrkarten des Reichsbahn-Binnenverkehrs diese wieder außer mit der Kilometerangabe auch mit den Fahrpreisen versehen, um einem lang gehegten Wunsch des reisenden Publikums entgegenzukommen.

\* Sinsheim, 29. März. (Steuereinzahlung durch Postnachnahme) Die Finanzämter des Landesfinanzamtsbezirks Karlsruhe werden künftig nach vorausgegangener öffentlicher Zahlungsaufforderung die noch rückständigen Landessteuern und Körperschaftsabgaben bis zum Betrage von 50 R.M. auf Kosten der Steuerpflichtigen durch Postnachnahme erheben. Für die Einlösung der Postnachnahme kann eine Frist von einer Woche, gerechnet vom Tage der Vorzeigung ab, verlangt werden. Der angeforderte Nachnahmebetrag wird stets auf der Rückseite der Nachnahmekarte erläutert werden, so daß sich der Steuerpflichtige über die Art des zur Einziehung gelangenden Betrages verlässig informieren kann. Bei Nichteinlösung der Nachnahme erfolgt die Einzahlung des Rückstandes ohne weitere Aufforderung durch den Gerichtsvollzieher. Mit dem Postnachnahmeverfahren soll denjenigen Steuerpflichtigen, die es vorziehen, ihre Steuern und Abgaben rechtzeitig an die Finanz- oder Hilfskassen zu entrichten, noch einmal Gelegenheit zur Zahlung gegen Erstattung der Verfahrens-kosten geboten werden. Es gibt den säumigen Steuerpflichtigen die Möglichkeit, das Beitreibungsverfahren und die damit verbundenen höheren Kosten zu vermeiden.

\* Sinsheim, 30. März. (Die 24-Stundenzählung) Bekanntlich wird am 15. Mai bei der Reichsbahn die 24-Stundenzählung eingeführt, was namentlich bei den Fahrplänen in Erscheinung tritt. Die Nachmittagsstunden 1—12.00 nachts werden also durchgezählt, so daß es statt ihrer heißen wird Stunde 13—24. Nun soll aber, wie in den ausländischen, so auch in den deutschen Fahrplänen die Stunde 24 nur bei der Ankunft zur Anwendung kommen und zwar nur bei Zügen, die genau um Mitternacht ankommen. Bei Zügen, die um Mitternacht abgehen, um 24.00 nachts ankommen, um 12.35 nachts abgehen, heißt es nicht 24.00, 24.30 und 24.35, sondern 0.00, 0.30 und 0.35. Im Gegensatz dazu wird auf den Eisenbahnen, soweit sie abgeändert werden, zwar die Ziffer 24 unterhalb der Ziffer 12, die Ziffer 0 als Sekundenziffer aber überhaupt nicht angedruckt. Auf Grund der Uhr sollte man erwarten, bei sämtlichen Zügen, die in der Zeit von 12.00 Uhr bis 12.59 nachts ankommen oder abgehen, werde dies durch Stunde 24.00 bis 24.59 ausgedrückt. Darin, daß dies nicht geschieht, liegt eine Unstimmigkeit, die auch bei allen ausländischen Bahnen mit 24 Stundenzählung vorliegt, die wir eben wahrheitsgemäß auch nachmachen müssen. Im übrigen bedeutet die ganze Einrichtung eine Unstimmigkeit insofern, weil sie mit ihrem Uhrsystem nicht in Einklang zu bringen ist. Die württembergische und die bayerische Regierung haben sich gegen diese Aenderung entschieden gestäubt, aber leider vergeblich.

+ Hoffenheim, 29. März. (Handarbeitsausstellung) Gestern fand im hiesigen Schulhaus eine Ausstellung der Handarbeiten der Schülerinnen der 4. bis 8. Klasse statt, welcher auch Schulinspektor Dr. Leule annahm. Die Arbeiten waren durchweg musterhaft und zeugten von eifrigem Fleiße und gutem Geschick der Schülerinnen. Besondere Anerkennung verdient die Handarbeitslehrerin, Fräulein Johanna Schmidt aus Leimen, welche mit großer Gewissenhaftigkeit den Handarbeitsunterricht leitet. Die Ausstellung erfreute sich eines lebhaften Besuches, besonders der weiblichen Bevölkerung Hoffenheims.

+ Weiskirchen, 29. März. (Verschiedenes) Wie wir hören, beabsichtigt die Verkehrs- und Verschönerungsgesellschaft hier anfangs September einen Heimattag abzuhalten; die Vorarbeiten sollen eingeleitet werden. — Am Sonntag waren die Arbeiten der Mädchen-Handarbeitschule hier von mittags 12 Uhr bis abends 6 Uhr zur Besichtigung im alten Schulhause aufgelegt. Die Ausstellung war sehr zahlreich besucht und es war mit großer Befriedigung zu sehen, was die Mädchen unter der Handarbeitslehrerin Dichtm geleistet haben. — Die architektonische, schöne, frühgotische Pfarrkirche hier soll eine größere Reparatur von außen erfahren; die Vorarbeiten sind im Gange, daß bis Mai begonnen werden kann.

+ Weiskirchen, 29. März. (Rheinlandsonderzug) Die Anmeldungen zum Rheinlandsonderzug gehen so zahlreich ein, daß damit zu rechnen ist, daß der kleine Rest von vorräthigen Karten diese Woche noch aufgebraucht wird. Wer die Absicht hat, nicht nur das Niederrhein, sondern auch die schönsten Plätze Burg und Schlösser am Rhein zu sehen, tut gut, sich bei den bekanntgebenen Stellen oder beim Verkehrsverband für das Schwarzbachthal selbst sofort anzumelden. Auf Verückichtigung späterer Anmeldungen kann kaum gerechnet werden. Der Zug wird nunmehr bestimmt am Sonntag, den 19. Juni durchgeführt.

+ Weiskirchen, 29. März. (Verschiedenes) Auf 1. April wird das hiesige Amtsgefängnis aufgehoben. Das Gebäude ist Eigentum der Gemeinde, auch wird der Mietvertrag zwischen Staat und Gemeinde nicht berührt. — Herr Gerichtsvollzieher Jäuner wurde nach Mannheim versetzt. Diese und die Stelle des Gefängniswärters sollen nicht mehr besetzt und deren Funktionen mit den Stellen in Sinsheim verbunden werden. Die Bevölkerung sieht natürlich den weiterschreitenden Abbau nicht gern. Die Wohnung, die frei wird durch die Verlegung des Gefängnis-aufsehers, soll einem Staats- oder Gemeindebeamten zugewiesen werden, dem zugleich die Wartung der vorübergehend Inhaftierten anvertraut wird. — Lehramtsassessor Schenk, der Leiter der hiesigen Bürgerschule, wird zu Beginn des neuen Schuljahres an die Mädchenschule Vörrach versetzt. — Professor Dr. Schmitt hener sprach am Sonntag im überfüllten Kronensaal über seine Forschungsreise in China. Seine wunderbaren Ausführungen wurden unterstützt durch prächtige Lichtbilder. Die Zuhörer folgten mit lebhaftem Interesse. — Am Samstag abend hielt der Obst- und Gartenbauverein im Dreikönigsaal seine alljährliche Generalversammlung ab. Nach Begrüßung durch den Vorstand Herrn E. A. Ruppert und Bekanntgabe des Jahresberichts und der Rechnungsablage hielt Herr Kreisobstbauinspektor Brucker einen Vortrag über „Krankheiten und Schädlinge an den Obstgehölen.“ Unterstützt war der Vortrag durch Lichtbilder. Er zeigte Mittel und Wege den Krankheiten vorzubeugen und die Schädlinge zu bekämpfen. Als bester Verbündeter im Kampfe gegen die

Schädlinge bezeichnete er die Bzgel, besonders die Meisen und Stare, deren Schutz sich der Obstbaumzüchter besonders angelegen sein lassen sollte. An die anwesenden Mitglieder wurden gratis Sämereien verteilt. Für eine angenehme Unterhaltungsmusik sorgte der Mandolinverein.

+ Weidenstein, 28. März. (Alte Maulbeerbäume) Bei der netten malerischen Benningerburg, die von der engeren Heimat fast gar nicht geschätzt wird, stehen noch einige Maulbeerbäume, die aus der Zeit Karl Theodors stammen, und vor den Stürmen, die s. Zt. in fast allen Orten diese Bäume vernichtete, anscheinend deshalb verschont blieben, weil sie grundherrliches Eigentum waren.

+ Reichartshausen, 29. März. (Ein Sommertagszug) Durch die Straßen des Dorfes bewegte sich am Sonntag ein Sommertagszug, der den leidigen Winter mit seinen Freuden und Leiden vom Dorf hinaus trug und den Sommer mit seiner vielen angenehmen Arbeit und seinen Freuden jubelnd bei uns willkommen hieß. Die Waldwimmersbacher Musiker begleiteten die Lieder der frohen Jugend. Die beiden großen Wagen mit Sommer- und Wintergruppen konnten sich wirklich sehen lassen. Die ganze Gemeinde ist dem Veranstalter, Hauptlehrer Hauser, für diesen Heimattag dankbar. Bei der Auflösung des prächtigen Zuges nach einer Stunde gab der Veranstalter den ihm geäußerten Dank an die weitere, die in rechtem Gefühl der Freude an der kommenden Sommerzeit alle guten Kräfte und Zeit für diese Sache verwandt haben.

+ Untergimpeln, 29. März. (Vom Friedhof) Seit vielen Jahren war unser Friedhof, der sehr nahe am Ort anliegt, an der oberen Seite von einem sogenannten lebenden Haag umgeben. Dieser wurde nach Beschluß der Ortsbehörde von den Arbeitslosen ausgerodet und soll jetzt durch einen Drahtzaun ersetzt werden.

+ Bad Rappenau, 28. März. (Bei der Bürgerausführung) wurde einstimmig der einzige Punkt der Tagesordnung: Die Instandsetzung der Ortsstraßen, Herstellung von Gehwegen und der Ausbau der Wilhelmstraße genehmigt. Der Kostenaufwand der hiesigen Gemeinde für sämtliche Bauten beträgt ungefähr 35—40 000 Mark. Geleitet wurde die Sitzung durch Bürgermeister Hofmann.

+ Eppingen, 29. März. (Verschiedenes) Mit Wirkung vom 1. April ist Herr Stadtvicar Schulz nach Kastatt versetzt. — In der evang. Stadtkirche fand am Sonntag Vormittag vor zahlreich versammelten Gläubigen die Prüfung der Konfirmanden — 30 Knaben und 23 Mädchen — statt. Am Abend hatten sich die Gemeindeglieder wiederum zahlreich eingefunden zu einer erhebenden Passions-Feierstunde, deren Weihe durch Gesangsvorträge des Kirchenchores, eines kleinen gemischten Chors, Solosänger, Violin- und Orgelvortrag sowie Gesang der Konfirmanden noch erhöht wurde. — Der Musikverein in hatte auf Samstag abend eine außerordentliche Generalversammlung im Nebenraum zur „Eisenbahn“ anberaumt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Zimmermeister Heinrich Zimmermann, wurden die bei der letzten Versammlung unbesetzt gebliebenen Stellen des Kassiers und Schriftführers neu besetzt. Der Beitrag wurde für aktive Mitglieder auf 20, für passive auf 30 Pfg. monatlich festgesetzt. Der Dirigent der Musikkapelle (Feuerwehrkapelle), Herr Malermeister Karl Specht, der nun 36 Jahre dieses Amt innehatte, ist aus Altersrückichten von seinem Amte zurückgetreten. In Anerkennung seiner Verdienste ernannte ihn die Versammlung zum Ehrenmitglied des Vereins. An seine Stelle wurde Herr Musiklehrer Helmut Kirchgerner gewählt. Nach Erledigung sonstiger Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende gegen halb 11 Uhr die gut verlaufene Versammlung mit den besten Wünschen für das Weiterbestehen des Vereins. — Die Industrieschule des Vinzentiusvereins veranstaltete wie alljährlich wieder eine Ausstellung von Näharbeiten in Weiskirchen, Stücken und Kleidermachen. Die Schau machte einen ausgezeichneten Eindruck. Als Abschluß des Winterhalbjahres der evangelischen Nähnähule fand am Sonntag ein mit allerhand Darbietungen gewürztes Kaffeekränzchen statt. Eine Ausstellung wird das Halbjahr offiziell beschließen. — Hier hiesige Einwohner, Berta Hinkel, Schreiner Alfred Braun und die Geschwister Eugen und Frieda Hofmann, haben am Sonntag unsere Stadt verlassen, um nach Amerika auszuwandern.

+ Gemmingen, 29. März. (Der Sängerverein) „Eintocht“ brachte Sonntag abend seinem Sangesbruder Friedrich Hauert aus Anlaß dessen Vermählung ein wohlgelungenes Ständchen.

+ Eberbach, 29. März. (Autounfall) In der Nähe der Galmühle fuhr ein Auto aus Mannheim die steile Böschung hinunter. Das Fahrzeug wurde schwer beschädigt; der Wagenführer erlitt ansehnliche Verletzungen und mußte ins hiesige Krankenhaus eingeliefert werden. Ein mitfahrender Gast blieb unverletzt.

+ Mosbach, 29. März. (Tödlicher Unfall) Pflasterermeister Anton Hiesbach aus Großstheim wurde mit seinem Motorrad gegen ein eisernes Geländer geschleudert, daß er an den Folgen der Verletzungen verstarb.

+ Heidelberg, 30. März. (Beethoven-Fest in Heideberg) Der Heidelberger Freien Volksbühne ist es unter vielen Mühen und großen Aufwendungen gelungen, die Mannheimer Volks-Sing-Akademie mit 600 Sängern und Sängerinnen für die 9. Sinfonie Beethovens zu verpflichten. Mitwirken das verstärkte Orchester und als Solisten Fräulein Kirjamer und Haas und die Herren Hofmann und Fenten. Die Aufführung steht unter Leitung des Herrn Professor Schattschneider-Mannheim. Das gewaltige Chorstück des großen Meisters wird für Heidelberg ein musikalisches und gefangliches Ereignis und da wir glauben, daß auch aus unserer Gegend die Aufführung besucht werden dürfte, wir ganz besonders darauf aufmerksam. Näheres siehe Inserat.

+ Heidelberg, 29. März. (Wieder ein Auto in den Neckar gefahren) Am Samstag abend gegen 9 Uhr fuhr etwa 40 Meter oberhalb der alten Unfallstelle, wo damals die Tragödie der Frau Dr. Vogel und des Chauffeurs Laier sich ereignet hat, wiederum ein Personenauto in den Neckar. Es handelte sich um einen Wagen des Kaufmanns Jürg aus Beerfelden, der einen Patienten zur Heidelberger Klinik gebracht hatte und sich auf dem Rückweg befand. Im Wagen befanden sich eine Verwandte des Kranken, sowie eine Krankenschwester. Als aus entgegengesetzter Richtung ein Radfahrer mit hellbrennender Laterne entgegenkam, glaubte der Chauffeur, es handle sich um einen Motorfahrer, der die falsche Richtung einhalte, und lenkte stark nach dem Neckarufer hin. Tatsächlich aber ist der Radfahrer vorchristlich gefahren. Das Auto rief einen Radstein um, schleppte einen zweiten mit sich und fuhr die Böschung hinab zum Stromufer, wo es sofort durch starkes Bremsen zum Stehen gebracht werden konnte und mit zwei Rädern im Wasser stehen blieb. Bei dem gegenwärtigen Wasserstand, sowie infolge des glücklichen Umstandes, daß sich das Auto nicht überflutet, ist den Insassen nichts passiert. Die beiden Damen verhielten sich vollkommen tapfer und ruhig. Von den Patern des Stiftes Neuburg wurde das Auto später wieder auf die Straße gezogen und konnte nach leichter Reparatur die Fahrt fortsetzen. Der Unfall zeigt aufs neue die große Gefährlichkeit jener viel zu engen und unübersichtlichen Straßenecke. Spaziergänger ist es an Sonntagen überhaupt kaum noch möglich, an jener vom Autoverkehr stark überlasteten Straße und Verkehrskurve ohne Gefahr vorbeizupassieren. Die lange geforderte Verbreiterung der Straße liegt im dringenden Interesse der Öffentlichkeit.

+ Leimen, 29. März. (Aus Schwermut in den Tod gegangen) Steinbrecher Philipp F. aus Leimen hat sich aus Schwermut durch Erhängen das Leben genommen.

+ Mannheim, 29. März. (Mehr Vorsicht auf der Straße) Auf der Breitenstraße wurde eine 62 Jahre alte Frau,

als sie, ohne sich umzusehen, den Fahrdamm überschreiten wollte...

(\*) Mannheim, 29. März. (Selbsttötungsversuch.) Gestern mittag wollte sich ein 21 Jahre altes Fräulein...

(\*) Mannheim, 29. März. (Unfall auf einem Sportplatz.) Beim Fußballspielen auf einem Sportplatz in Luzenberg...

(\*) Mannheim, 29. März. (Wenn mit Schraubenschlüssel geworfen wird.) Auf einem Kinderspielplatz in Waldhof...

(\*) Mannheim, 29. März. (Eine Kindsleiche.) In der Oppauer Fähre wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes...

(\*) Ludwigshafen a. Rh. 29. März. (Schwerer Unfall.) Ein 57 Jahre alter Maschinenarbeiter von Mannheim brachte die linke Hand...

(\*) Flehingen, 28. März. (Eine große Ueberraschung) erlebten die Reisenden, als der Storch in einem Zug Heilbronn...

(\*) Karlsruhe, 29. März. (Verleihung der Rettungsmedaille.) Das Staatsministerium hat dem Ingenieur Arthur Eglin...

(\*) Lahr, 29. März. (Tödlich verunglückt.) Der 69 Jahre alte Zollamtmann a. D. Karl Dienst, hier, ist tödlich verunglückt...

(\*) Mainz, 29. März. (Erwischt er D-Zug-Dieb.) Ein Reisender des D-Zuges Wien-Mosende meldete um Mitternacht...

in Mainz-Kastel dem Bahnhofsaufsichtsbeamten, daß ihm seine Brieftasche mit namhaftem Geldbetrag entwendet worden sei...

(\*) Magdeburg, 29. März. (Zwei Knaben verschüttet.) In dem nicht mehr in Betrieb befindlichen Lageraum der Grube Neuglück bei Rehmsdorf sind 2 Knaben, die sich eine Höhle gebaut hatten...

(\*) Ludwigshafen, 28. März. (Sechs Kinder des Arbeiters Hirsch von hier im Alter von 5-13 Jahren, die in einer Sandgrube hinter dem städtischen Schlachthof spielten...

(\*) Tokio, 28. März. (Bei einem Grubenbrande kamen 136 Bergleute ums Leben.) Bisher konnten die Leichen von 60 Bergleuten geborgen werden...

(\*) Neue deutsche Flugrekorde. Der Rekordflieger der Junkerswerke, Loohje, hat, wie uns aus Dessau gemeldet wird, in der Nacht vom Dienstag...

(\*) Marktberichte. Schweinemarkt. Sinsheim, 29. März. Dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt: 30 Milchschweine...

(\*) Marktverkehr mit Vieh. Auf den 35 bedeutendsten Schlachthöfen Deutschlands wurden im Monat Februar dieses Jahres 93 483 (im Januar 105 291) Rinder...

Dem Mannheimer Schlachthof wurden im Februar d. J. 1 487 Rinder (gegenüber 1 540 im Januar) zugeführt...

(\*) Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts. Dem Schlachtviehmarkt am Montag waren zugeführt: 155 Ochsen, 108 Bullen, 310 Kühe...

(\*) Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 28. März 1927. Preise verheben sich per 100 kg alles in Goldmark in Reichsmark zahlbar...

(\*) Neueste amtliche Kurse mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim, vom 29. März 1927.

Table with columns for Anleihen, Bankaktien, Bergwerks-Aktien, Aktien ind. Unternehmungen, and Wechsel. Lists various financial instruments and their current market values.

(\*) Wetterbericht. Mutmaßliche Witterung bis Mittwoch abend; Wieder zunehmende Bewölkung, dann Niederschläge...

Gartenbau-Verein Sinsheim. Am Donnerstag, 31. März 1927, abends 8 1/2 Uhr im „Löwenaal“ Vortrag des Herrn Gartendirektor Diebold...

Kath. Jungmänner-Verein Sinsheim. Heute Abend 8 Uhr im „Löwenaal“ Wiederholung des Volksschauspiels Andreas Hofer...

Gemeinde-Solbad Rappennau. Das Gemeindefreibad wird am Freitag, den 1. April ds. Js. wieder eröffnet...

Freuß.-Süddeutsche Staatslotterie bei einer Gesamtgewinnhöhe von über 53 Millionen. 2 Millionen, 1 Million, 1/2 Million...

Stammholz-Versteigerung. Die Stadtgemeinde Waibstadt versteigert aus ihren Gemeindefällungen am Donnerstag, den 31. März ds. Js., vormittags 7 Uhr...

Der Regenmantel. Gummimantel neue Sportfarben 14.50, Gummimantel la. Fabrikat mit mod. Stoffbezug 23.50...

Beethoven-Feier der Freien Volksbühne Heidelberg. Aufführung der 9. Sinfonie am Sonntag, den 3. April in der Stadthalle in Heidelberg.

LOBABEIZE DAS WASSERRECHTE FARBBOHNERWACHS

BLEYLE'S Sportwesten für Damen und Herren. sind von unerreicher Haltbarkeit und äußerst bequem. E. Speiser Sinsheim - Fernsprecher Nr. 12

E. Speiser Sinsheim a. E. - Fernsprecher 12.

Übler Mundgeruch. wickelt abtöndend. Säblich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Gebrechen werden oft schon durch einmündiges Bürsten...

Frachtbriefe liefert die G. Becker'sche Buchdruckerei.

Bienen-Honig allerfeinster, goldgelber, reiner Qualität. 10-Pfd.-Eimer Mk. 10.70, 5-Pfd.-Eimer Mk. 6.20 Nachh. 30 Pfg. mehr.

Im Zimmer Konfektion. E. SPEISER Sinsheim a. E. Fernsprecher Nr. 12.